

The background features a stylized map of Europe. The left side of the map is a solid dark blue rectangle, while the right side is a light yellow silhouette. Overlaid on the map is a ring of yellow stars, similar to the European Union flag, with some stars appearing to be in motion or blurred. The text 'SommerAkademie Europa' is centered over the blue part of the map.

SommerAkademie *Europa*

Kloster Seeon,
26. bis 30. August 2002



Klosterkirche



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der SommerAkademie Europa 2002

Inhalt

Seite

1. Vorwort	3
2. Themen und Diskussionen der SommerAkademie Europa	4 – 21
3. Programm	22 – 32
4. Teilnehmer	33 – 39

Vorwort

Strategisch zu denken, Zukunftsentwicklungen zu prognostizieren und die Rolle Europas in der Welt zu diskutieren - dies alles ist kein Selbstzweck, sondern beweist seinen Wert in Zeiten des Umbruchs und der Erneuerung.

Die Debatte über die innere und äußere Leistungsfähigkeit der Europäischen Union und über die sie bedingende Positionierung der EU in der politischen Welt ist aktueller denn je. Kaum eine der großen Politikentscheidungen findet statt, ohne dass Brüssel involviert wäre.

Die politische Ordnung Europas befindet sich am Vorabend ihrer Vollendung. Ob nun eher supranational oder eher intergouvernemental – Europa schließt sich in einer Verfassung wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich zusammen und wird zu einer echten Gemeinschaft. Ein Traum vergangener Generationen wird Wirklichkeit. Das friedliche Zusammenleben der Völker des alten Kontinents unter dem Dach eines starken Verbunds ist greifbar nahe. Das Szenario eines Scheiterns der Europäischen Integration, der Auflösung der vielfachen Verflechtungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist gleichwohl nicht gebannt – Europa benötigt auch künftig Architekten und Baumeister.

Um so bedeutender ist ein Forum, das Diskurs und Argumentation über das Europa von Morgen Raum und Zeit gibt.

Die Bertelsmann Stiftung und die Heinz Nixdorf Stiftung haben sich zum Ziel gesetzt, Strategien für die Zukunft Europas zu erarbeiten und Wege zur Vollendung der europäischen Einigung in die öffentliche Debatte einzubringen. Mit der SommerAkademie Europa wurde ein Forum geschaffen, diese Strategien und Konzepte mit jüngeren Führungskräften aus Politik, Wirtschaft und Medien zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Die SommerAkademie Europa 2002 fand im Kloster Seeon den idealen Rahmen, um intensiv und in Ruhe europäische Themen zu erörtern. Vorträge wie Diskussionen waren von großer Sachkunde und lebhaftem Engagement geprägt. Dafür möchten wir an dieser Stelle Teilnehmern, Referenten und Organisatoren gleichermaßen herzlich danken.

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld

Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung

Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Dr. Gerhard Schmidt

Vorsitzender des Vorstandes der Heinz Nixdorf Stiftung

Die Themen und Diskussionen der SommerAkademie Europa

Zum vierten Mal haben Bertelsmann Stiftung und Heinz Nixdorf Stiftung vom 26. bis zum 30. August 2002 in das oberbayerische Kloster Seon eingeladen, um einer Auswahl junger Entscheidungsträger die intensive Beschäftigung mit Europa und eine Expertendebatte über die Europäische Union zu ermöglichen. Professor Werner Weidenfeld, Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung, und Josef Janning, Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter des Themenfeldes Internationale Verständigung der Bertelsmann Stiftung, sowie Leiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung, brachten dabei über 40 Nachwuchsführungskräfte nicht nur untereinander, sondern auch mit Politikern in den Dialog. Diese Praktiker, aber auch Wissenschaftler von C-A-P und Bertelsmann Stiftung vermittelten den Teilnehmern in Vorträgen, Diskussionen und Arbeitsgruppen Europapolitik und Insiderwissen aus erster Hand.

Der inhaltliche Dreiklang setzte sich aus den Themen "Zukunftsmodelle für die EU-28", "Europäische Sicherheit und globale Verantwortung" und "Europa als Wirtschaftsmacht" zusammen. Zum ersten Mal wurde hierbei auch die Frage nach einer europäischen Wirtschafts- und Finanzverfassung gestellt, während in anderen Arbeitsgruppen die Konvergenz der EU-Staaten und der Beitrittskandidaten untersucht und die Rolle Europas in der globalisierten Welt betrachtet wurde.

Neben diesen Hauptthemen wurden der Aktualität entsprechend Anspruch und Realität der Arbeit des Europäischen Konvents überprüft, der mit der Regierungskonferenz 2004 als Schlüsselereignis der Europapolitik den weiteren Fortgang der europäischen Integration bestimmen wird. In einer „unkonventionellen“ Agenda legte das Centrum für



Das Plenum der SommerAkademie Europa 2002

angewandte Politikforschung fünf Großszenarien zur Zukunft der Europäischen Union vor, um die Debatte über die notwendigen Reformschritte Europas zu illustrieren.

Praktiker-Panel zieht Zwischenbilanz der Konventsarbeit

Der Europäische Konvent ist von der Anlage her, aber auch in seiner Bedeutung ein weitaus ambitionierteres Projekt als der Konvent, der die Europäische Grundrechtecharta unter Roman Herzog erarbeitet hat. Zwar wurde die erfolgreiche Methode übernommen, aber die umfangreiche Agenda, die der Europäische Rat in Laeken im Dezember 2001 in Form von Fragen aufgestellt hat, muss innerhalb eines knappen Jahres abgearbeitet sein.

Wie im Konvent selbst saßen dessen Delegierte aus Mitgliedstaaten und Beitrittskandidatenländern auch in Seon gleichberechtigt an einem Tisch.

Danuta Hübner, Europaministerin der Republik Polen und Konventsvertreterin der Regierung, betonte die Bedeutung der Demokratisierung der EU für die Länder Mittel- und Osteuropas. Besonders vor dem Hintergrund der mit dem Ende der autoritären Regierungen des Ostblocks ab 1988 einsetzenden Zäsur, stehe der Demokratieanspruch gegenüber Institutionen und Verfahren der Europäischen Union auf dem obersten Platz der Rangliste europäischer Reformen. Diese müssten endlich das Ziel erreichen, die EU den Bürgern näher zu bringen.



■ Danuta Hübner

Hübner bezeichnete sich als einen der „größten Fans“ des Konvents, da die Heterogenität der Konventsvertreter ein einmaliges Forum bilde: Brüsseler Insider hätten die Möglichkeit, mit nationalen Parlamentariern aus den EU-Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern zusammenzukommen. Europaskeptiker seien dagegen eher unterrepräsentiert. Ergebnis dieses Prozesses sei eine interessante Mischung an Positionen und Ideen, die auf andere Weise nicht zustande käme.

Der Konvent habe als demokratische Methode auch eine Multiplikationsfunktion bei seiner Themensetzung, die sich in nationalen Debatten zum Beispiel auch in Form von Jugendkonventen fortsetze. Als größte Herausforderung des Konvents bezeichnete

Hübner die Möglichkeit, die Distanz zwischen der EU und den Bürgern zu überwinden. Der Bürger verstehe die EU nur dann, wenn die Kompetenzen der Europäischen Union und der Nationalstaaten untereinander geregelt würden. Zwar sei Hübner selbst eine vehemente Unterstützerin einer starken EU, dennoch dürfe man nicht übersehen, dass der Hauptteil demokratischer Legitimation tatsächlich bei den Nationalstaaten liege und demnach ihre Rolle nicht marginalisiert werden dürfe. Aus diesem Grund sei eine geringe Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht überraschend. Würden die Bürger sich allerdings nicht ausreichend an den nationalen Wahlen beteiligen, dann sei dies für das Demokratieverständnis besorgniserregend.

Abschließend wies Hübner auch auf die Notwendigkeit externen Inputs für die Arbeit des Konvents hin: Nichtregierungsorganisationen, Verbände und auch Denkfabriken hätten hier ihre Möglichkeiten, aber auch eine Verantwortung, sich konstruktiv einzubringen. Dies gelte besonders für die Beitrittsländer, deren Perspektive die eben des Beitritts wäre, während die EU-15 aus der Position der Erweiterung heraus operierten.

Arbeitsmethode und personelle Zusammenstellung des Konvents würden vielleicht nicht die tatsächliche europapolitische Landschaft wiedergeben, dies sei aber unbedenklich, da die Entscheidung über die Ergebnisse ohnehin der anschließenden Regierungskonferenz überlassen bliebe und der Konvent seine eigentliche Aufgabe – die Erstellung einer konstruktiven Arbeitsgrundlage – erfüllen müsse.

Der französische Europaparlamentarier Jean-Louis Bourlanges lobte den Konvent als revolutionäres Instrument, da das Monopol konstitutioneller Macht in den Händen der Mitgliedstaaten nicht mehr weiter durchzuhalten war. Endlich nähme sich Europa die nötige Zeit, um die Reform und die Zukunft Europas strategisch durchzudenken, statt in gewohnter Taktiererei das Schicksal der Bürger der EU zu bestimmen.



Jean-Louis Bourlanges

Im gegenwärtigen System sei die Gemeinschaftsmethode ein wichtiges und brauchbares Modell, da sie die Mitgliedstaaten vor der Kommission, also auch vor einer Machtüberschreitung der EU schütze. Der Rat gewährleiste als Machtzentrum die Basiskompetenz der Nationalstaaten. Lediglich in gewissen Politikbereichen werde im wahren Sinne des Wortes „zusammen“ gearbeitet.

In einer Clausewitz-Adaption kritisierte Bourlanges die Abstimmungsverfahren im Ministerrat: „Qualifizierte Mehrheit ist die Fortsetzung der Einstimmigkeit mit anderen Mitteln.“ Abstimmungen nach dem Einstimmigkeitsprinzip seien kein Weg in die Zukunft. Entscheidungen mit der qualifizierten Mehrheit hingegen wären eine exzellente Lösung.

Bourlanges wies auf die rasanten Veränderungen des Europäischen Parlaments hin: Dieses bestätige mittlerweile die Bestellung der Kommission, trage zu einem ausgewogenen Legislativprozess bei und besitze in der Praxis eine gute Balance zwischen kleinen, mittleren und großen Mitgliedstaaten.

Gleichzeitig warnte der Europaabgeordnete aber auch vor Reformillusionen: Die EU sei als Organisation von 15 Mitgliedsländern notwendigerweise komplexer als ein nationales politisches System. So stünde ja auch Washington in den Vereinigten Staaten von Amerika immer unter einer kritischen, bisweilen sogar bedrohlichen Wahrnehmung durch die Bundesstaaten. Dennoch seien die systemischen Unzulänglichkeiten der EU mittlerweile zu groß: Der Widerspruch eines gemeinschaftlichen Wirtschaftsraums und einer intergouvernementalen politischen Organisation sei nicht mehr länger auflösbar und trage zu einem echten Systemkonflikt zwischen den EU-Institutionen bei.

Die Chance des Konvents liege nun darin, dass hier Personen an Lösungen arbeiteten, die nicht aus der Bürokratie des EU-Apparats selbst kämen, sondern von außen.



Jürgen Meyer

Jürgen Meyer, Konventsvertreter des Deutschen Bundestags, stellte die wichtige Funktion des Grundrechte-Konvents in den Vordergrund: Gewissermaßen vorbildhaft habe dieser die Arbeitsmethode für den Europäischen Konvent etabliert. Nur durch ein solches Forum sei es möglich, eine Union der gemeinsamen Werte und eine gemeinsame Identität zu schaffen. Meyer unterstrich seinen Wunsch und seine Hoffnung, dass die Grundrechtecharta der erste Teil einer Europäischen Verfassung werde.

Der Konvent sei nun lebendiges Beispiel dafür, dass Europapolitik nicht mehr von Technikern ausgearbeitet wird, sondern von Parlamentariern. Die Sitzungen sind öffentlich, während die bisherigen Verhandlungen hinter geschlossenen Türen stets Misstrauen bei den Bürgern hervorgerufen hätten. Zudem sei auch das Internet ein wichtiges Dialogforum, über das sowohl Anregungen als auch Ergebnisse transportiert würden. Dennoch seien nationale Debatten – Meyer wies in diesem Zusammenhang auf den französischen Titel des Grand Débat hin – besonders notwendig, um die Öffentlichkeit einzubinden.

Ergebnisorientierung stuft Meyer als Priorität der Konventsarbeit ein: Eine erfolgreiche, gemeinsame Vorlage mache es den Regierungen nahezu unmöglich, die Vorschläge des Konvents bei der Regierungskonferenz 2004 zu verwerfen. Zwar werde der Konventsentwurf rechtlich gesehen lediglich ein Vorschlag sein, aber in dessen Erarbeitung seien dann schließlich auch Regierungsvertreter involviert gewesen. Ein Vorteil gegenüber dem System der Regierungskonferenzen sei auf alle Fälle der größere Zeitraum, der dem Konvent zur Erledigung seiner Aufgaben zur Verfügung steht.

Als absolut neuartige Elemente der „Methode Konvent“ sieht Meyer die Gleichberechtigung der Kandidatenländer, die Einbindung der Zivilgesellschaft und die Erledigung der eigentlichen Sacharbeit durch die Arbeitsgruppen. Freilich seien die Generaldebatten in der ersten Phase zu lang gewesen. Dennoch erwarte sich auch der Deutsche Bundestag nicht nur Optionen für eine Verfassung, sondern einen zusammenhängenden Verfassungsentwurf. Der dann entscheidenden Regierungskonferenz würde es schwer fallen, einen zusammenhängenden Verfassungstext zu ignorieren.

Göran Lenmarker, Konventsvertreter des schwedischen Parlaments, sah die Gefahr, dass der Europäischen Union Aufgaben übertragen würden, die sie erst gar nicht erfüllen könne. So dürfe es in der EU nur ein Entscheidungszentrum geben, das die Außenpolitik managt. Die EU solle aber auch die Regeln und Bestimmungen für den Rüstungsexport erstellen. Ganz allgemein müsse die Außenpolitik an die Gemeinschaft übertragen werden. Im Bereich einer gemeinsamen wirtschaftlichen Koordination empfahl Lenmarker einen „Offenen Rahmen“, der besser gewährleiste, dass auch die Beitrittsstaaten an einer solchen politischen Zusammenarbeit teilhaben und zu den Altmitgliedern aufschließen könnten.

Darüber hinaus sah Lenmarker eine Reihe von Konflikten: So sei im Rahmen der Entscheidungsprozesse noch unklar, inwieweit die EU sich jemals rechtlich dem Status einer parlamentarischen Demokratie annähern könne. Auch das Spannungsfeld zwischen Gemeinschaftsmethode und intergouvernementaler Koordinierung habe sich verstärkt. Damit gehe auch die Zunahme des Demokratiedefizits einher. In einer Analogie zu den Vereinigten Staaten von Amerika zitierte Lenmarker: „Everybody loves the USA and everybody hates Washington.“

Der Konvent sei momentan als Prozess zu betrachten, der aber von seiner Zielrichtung her klar in Richtung Konsens geht.



Göran Lemmarker (2. von links)

Christian Wernicke, Brüssel-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, legte seinen beruflichen Maßstab an, um die Defizite der EU darzustellen: Die Europäische Union solle den nationalen politischen Systemen ähnlicher werden, damit man sie besser verstehe. Eigentlich müsse ein 1'30"-Fernsehbeitrag ausreichen, um den Bürgern das System zu erklären. Andernfalls werde man die öffentliche Unterstützung dauerhaft verlieren. Zum Teil seien aber auch die Medien selbst an diesem Dilemma schuld, wenn undifferenzierte Berichte Brüssel als Ganzes für die Verantwortung einer einzelnen Institution benennen. Solche Handwerksfehler würden die Identifikation der Zuständigkeiten der europäischen Gremien noch weiter erschweren.



Christian Wernicke

Wernickes Prognose für den Verlauf von Konvent und Regierungskonferenz stellte, basierend auf den Statements der anderen Panel-Teilnehmer, das aktuelle Dreisäulenmodell der Europäischen Union zur Diskussion. Eine Fortentwicklung der Wirtschaftsunion in eine weitergehende Politische Union, außer vielleicht in den Bereichen der Innen- und Außenpolitik, schloss Wernicke aus. Ein Schreckensszenario malte er für den Fall eines Scheiterns des Konvents aus. Dann könne aus der europäischen Konkursmasse ein Kerneuropa im Spannungsfeld eines massiven Finanzkonflikts entstehen. Es sei nur schwer vorstellbar, wie die Union solche Belastungen aushalten solle.

Kinkel fordert mehr Verantwortung von den Europäern

Der ehemalige deutsche Außenminister Klaus Kinkel stellte am Anfang seines Befunds über die Position Deutschlands in Europa und der Welt eine wachsende Europaskepsis fest: Das größere Europa habe sich von seinen Bürgern entfremdet und zudem sei die EU nicht in der Lage, geeignete Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu finden. Zwar bemühe sich Europa um intensive Kontakte beispielsweise zu den Mittelmeeranrainern, den arabischen Staaten, der ASEAN und Lateinamerika, in der Praxis sei aber die Reaktion der EU beispielsweise auf den 11. September 2001 unzureichend gewesen. Laut Kinkel hätten die Europäer gegenüber den neuen Konflikten einerseits reserviert und andererseits nur auf nationaler Ebene reagiert, während die Amerikaner in die Offensive gegangen seien. Deutschland konzentriere sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts immer noch zu sehr auf die Wiedervereinigung.

Im Zusammenhang mit dem Irak warnte Kinkel scharf vor einem so genannten „deutschen Weg.“ Der Umstand, dass Deutschland und den Deutschen Verantwortungsgefühl und die Bedrohungsperzeption fehle, führe noch lange nicht zum Wegfall



Klaus Kinkel

konkreter Bedrohungen, wie sie der Irak Saddam Husseins darstelle. Als fahrlässig bezeichnete der ehemalige Minister die Instrumentalisierung der Irakfrage für den Wahlkampf in Deutschland. Es sei ein Kardinalfehler Schröders gewesen, die Strategie der Vereinigten Staaten gegenüber dem Irak in der Öffentlichkeit zu erläutern und damit Verhandlungsdruck des Westens und der Weltgemeinschaft gegenüber Bagdad wegzunehmen.

Kinkel kritisierte auch die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr: Die Regierungen ließen die Streitkräfte, die immer mehr internationale Aufgaben zu erfüllen haben, regelrecht verhungern.

Anspielend auf das transatlantische Verhältnis betonte Kinkel die Relevanz der NATO: Sie sei das letzte operative Militärbündnis. Dennoch müsse die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgebaut und gestärkt werden. Die Europäische Union könne sich nicht dauerhaft auf finanzielle Maßnahmen beschränken, sondern müsse sich auch stärker aktiv bei der Lösung regionaler Konflikte einschalten. Im Sinne einer transatlantischen Arbeitsteilung sollten demnach die Europäer den Amerikanern endlich auch de facto die Verantwortung für die Sicherheit Europas abnehmen. Europa müsse aber auch generell in der Welt mehr Verantwortung übernehmen – dies sei der Kontinent schließlich den anderen Ländern auf dem Globus schuldig.

Russischer Reformler wirbt um Verständnis für sein Land

Grigorij Jawlinskij ist Vorsitzender der Dumafraktion von „Jabloko“, der wichtigsten sich zur parlamentarischen Demokratie bekennenden Oppositionspartei Russlands. Unter dem Dach des Seeoner Rauchhauses beschrieb er den „Langen Weg nach Westen: Russland und Europa“:



Grigorij Jawlinskij

„Was passiert momentan in Russland? Wie ist die Situation im Land? Was kann man von Russland als Staat, seinen Repräsentanten, besonders von seinem Präsidenten halten? Je nach dem, wem man diese Fragen konkret stellt, wird man verschiedene Antworten erhalten: Eine Antwort vom Präsidenten, eine von der russischen Bürokratie und eine von der Opposition.“ Der außen stehende Betrachter hat es mit einer sehr komplexen Situation zu tun und einem uneinheitlichen Bild.

Jawlinskij beschrieb Jabloko als die einzige russische Partei, deren Ziel es sei, dass Russland Vollmitglied aller europäischen Organisationen werden soll. Im Konkreten hieße das, dass Russland in 20 Jahren – also im Jahr 2022 – der Europäischen Union beitreten solle. Die Ausgangslage dafür sei schwierig. Anders als in den mittel- und ost-europäischen Ländern hat Russlands Systemwechsel nicht 1988/89, sondern erst 1991 mit der Auflösung der Sowjetunion begonnen. Hinzu kommt, dass in einigen Ländern das Umdenken in Richtung Demokratie und auch Marktwirtschaft eine lange Tradition – auch bereits in der sozialistischen Zeit – hatte: So begann die Arbeit von Oppositionellen und ihr Paralleldiskurs gegenüber der staatlichen Einheitsdiktatur in der DDR mit der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953, in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und in Polen allerspätestens Ende der 70er Jahre. Diese gewissermaßen als Vorlaufzeit zu betrachtende Periode sei essentiell für die Herausbildung von demokratischen Denkstrukturen, aber auch einfach notwendig für die Bereitstellung von Führungspersonal für die Nachfolgezeit gewesen.

In Russland habe hingegen die demokratische Revolution gerade einmal zwei Tage gedauert, vom 19. bis zum 20. August 1991. Zu kurz, um einen politischen Elitenwechsel zu vollziehen. So sei der Systemwechsel eher ein formaler, aber kein substantieller gewesen: Die Jacken, die Uniformen, die Porträts wurden ausgetauscht und man sprach über den Internationalen Währungsfonds und Privatisierungen statt über Fünf-Jahrespläne.

Innerhalb von zehn Jahren wechselte achtmal der Premierminister. Alle diese Premierminister waren vorher Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion oder des KGB. Diese Kontinuität des politischen Personals – der fehlende Wechsel – fordere einen hohen Preis von Russland: Das Privatvermögen der Bürger wurde zu einem großen Teil vernichtet und 1993 habe die politische Unsicherheit an den Rand eines Bürgerkriegs geführt. Korruption sei eine bis heute noch andauernde Folge dieser unvollendeten politischen Transformation.

Die darüber entstehende Enttäuschung in der Bevölkerung führe in Russland zu seltsamen Wahlen und seltsamen Wahlergebnissen. Boris Jelzin sei es dann gewesen, der als erster ein von Unternehmern und Firmen gestütztes System aufgebaut habe, das in erster Linie der Machtsicherung des Präsidenten diene. Die komplette Kontrolle der Medien, die Instrumentalisierung von militärischen Konflikten und die Dominanz des Themas Innere Sicherheit ermöglichten schließlich auch Wladimir Putin den Wahlsieg. Dabei finde in Russland mittlerweile politische Zensur statt: Die zwei nationalen Fernsehsender erreichen 90 Prozent der Bevölkerung. Die Kontrolle über diese Rundfunkanstalten sei demnach ein Schlüssel zur Machtsicherung. Den Fernsehstationen lägen regelrechte Zensurlisten von Personen und Themen vor, über die nicht berichtet werden dürfe. Im Konkreten blieben zum Beispiel Tschetschenien, die Streitkräfte und Korruption als Themen in der Berichterstattung außen vor.

Jawlinskijs Mängelliste der aktuellen russischen Politik umfasst folgende Punkte:

- Russlands Justizsystem ist nicht unabhängig.
- Ohne ein unabhängiges Justizsystem ist keine Marktwirtschaft möglich.
- Die Regionalwahlen werden zum großen Teil manipuliert.
- Der Krieg im Nordkaukasus wird für die Innenpolitik instrumentalisiert.
- Demokratisierung kann in Russland aus strukturellen Gründen nicht denselben Erfolg wie in den Transformationsländern Chile oder Südkorea haben.
- Russland steckt aufgrund seiner einseitigen Abhängigkeit von Öl und Gas in einer strukturellen Wirtschaftskrise.

Entsprechend sei die russische Wirtschaft aus strukturellen Gründen ein statisches System, das Arbeitsplätze für lediglich 25 Prozent der Bevölkerung schaffen könne. Von diesen 25 Prozent seien fünf Prozent Reiche. Außerhalb dieses Systems stünden aber die übrigen 75 Prozent der Bevölkerung. Als Fazit daraus sei zu ziehen, dass das gegenwärtige Wirtschaftssystem nicht genügend Ressourcen produziere, um Wohlstand zu schaffen.

Für eine Erneuerung dieses Systems im Sinne Jawlinskijs und damit auch eine Steigerung des Haushalts über die momentan vorhandenen 60 Milliarden US-Dollar – für das größte Land der Welt ein viel zu geringer Betrag – seien neben der Modernisierung der Infrastruktur und des Kommunikationssystems eine Bildungs- und Streitkräftenreform durchzuführen. Nur so könnten etwa in einem instabilen Nachbarschaftsumfeld die Grenzen – die längsten der Welt – gesichert werden. Kuriosum dabei ist, dass die für die EU unsicherste Grenze, die Ostgrenze, für Russland als Westgrenze die einzige gesicherte Grenze darstellt.

Jawlinskij kritisierte die Herangehensweise des Westens an Russland: Die Unterstützung eines starken Mannes, des Präsidenten, durch Geldzahlungen sei kontraproduktiv und verhindert die Entwicklung der Demokratie in Russland.

Putin sei ein postmoderner Politiker, ein Politiker, der beweglich in alle Richtungen sei. Dennoch werde auch für den aktuellen Präsidenten eine dramatische Phase kommen. Der Westen müsse im Umgang mit Russland ehrlich sein und eine klare Sach- und weniger Personenpolitik verfolgen. Ein hilfreicher Schritt gerade der Staaten der Europäischen Union wäre eine weniger rigorose Visapolitik, um den russischen Bürgern das Reisen zu ermöglichen.

Auf die Frage hin, wie die ersten fünf Maßnahmen einer Regierung Jawlinskij aussehen würden, um Russland auf den Weg zu einer echten Demokratie zu bringen, legte der Reformler einen Sofortplan vor:

- Die Unabhängigkeit der Justiz müsse umgehend hergestellt werden.
- Die Medienfreiheit müsse gewährleistet, das heißt Zensur umgehend eingestellt werden.
- Freie Wahlen müssten auch materiell gewährleistet werden. Dabei müsse auch aktiv dafür gesorgt werden, dass in Wahlen nicht eingegriffen wird.
- Verhandlungen zur Beilegung des Krieges in Tschetschenien müssten umgehend mit dem gewählten Präsidenten Aslan Maschadow aufgenommen werden. Eine Moskauer Friedenskonferenz müsse eine Lösung für den Konflikt erarbeiten.
- Sofortige Wirtschaftsreformen zur Sanierung des Haushalts und zur Stimulierung der Wirtschaft setzten die Einführung einer flat tax in Höhe von 13 Prozent als Einkommensteuer als einzige direkte Steuer voraus.



Erhard Busek

Jawlinskij sieht aber auch unter einem Präsidenten Putin, trotz zum Teil erfolgreicher Zusammenarbeit auf einigen Sachgebieten, keine große Chance für eine Umsetzung solcher Reformen. Putin sei anfangs durch sehr starke Interessensgruppen an die Macht gekommen, habe sich mittlerweile aber aus dieser Abhängigkeit weitgehend befreit.

Südosteuropa auf dem Weg zum erfolgreichen Konfliktmanagement?

Erhard Busek, Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, stellte seinem Beitrag voran, dass man nur glücklich sein könne, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion, des Warschauer Pakts und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW/COMECON) nicht zu einem großen Krieg in Europa geführt habe. Dieses Gedankenspiel ergibt sich aus Buseks Aufgabe, die Region um das in Kriegen auseinander gefallene Ex-Jugoslawien zu stabilisieren, also zu demokratisieren und wirtschaftlich zu sanieren.

Krisenprävention habe auf dem Balkan mit der Ausnahme der Stationierung von US-Truppen an der Grenze zwischen Mazedonien und Bundesrepublik Jugoslawien nicht stattgefunden. Dies sei den Staaten, aber auch den internationalen Organisationen zu teuer gewesen. Erst nach dem Kosovo-Krieg macht die Weltgemeinschaft – die Europäische Union voran – mit dem Balkan-Stabilitätspakt den ersten Schritt zum Konfliktmanagement. Zwar seien die Vorhaben des Stabilitätspakts zu breit angesichts der vorhandenen Strukturen sowie die Koordination der Länder und Organisationen schwierig, der konkrete EU-Beitrittswunsch der Balkanländer sei aber eine Perspektive, die starken Wettbewerb unter den Mitgliedsländern des Stabilitätspakts auslöse.

Busek erläuterte auch genauer eine Grundproblematik der Balkanregion: Die Abhängigkeit der Staaten liege darin begründet, dass alle wichtigen geopolitischen Entscheidungen über einen langen Zeitraum von auswärtigen Mächten getroffen wur-



Zarko Korac

den. Der eigentlichen Versöhnungsarbeit zwischen den verschiedenen Nationalitäten und Religionen käme heute immer noch die größte Bedeutung zu. Die Rolle von Stiftungen, die beispielsweise gemeinsam für mehrere Länder und Nationalitäten Geschichtsbücher für den Schulunterricht herstellten, sei bedeutsam für das friedliche Heranwachsen künftiger Generationen.

Zarko Korac, stellvertretender Ministerpräsident Serbiens, erinnerte an die über 100.000 Toten, die die Kriege um Jugoslawien forderten. Die aktuelle Situation Restjugoslawiens, der aus Serbien und Montenegro bestehenden Bundesrepublik Jugoslawien, stelle sich so dar: Auf sieben Millionen Einwohner kämen 700.000 Displaced Persons. Die allgemeine Situation auf dem Balkan sei ähnlich der nach dem Ersten Weltkrieg in Europa: Die Staaten der Region liefen Gefahr dem Nationalitätenprinzip zum Opfer zu fallen und bis in kleinste Einheiten ethnisiert zu werden. Dennoch hätten die Länder der Region die dunkelste Zeit bereits hinter sich gelassen. Zum ersten Mal seien in allen Staaten demokratisch gewählte Regierungen im Amt und alle Regierungen hätten die gleiche Agenda, nämlich den Beitritt zur Europäischen Union. Die Zeit der Kriege, der großen Konflikte liege jetzt hinter dem Balkan. Unabdingbare Voraussetzung dafür sei aber auch die Präsenz der internationalen Organisationen. Korac wies auf die in Europa tabuisierte Tatsache hin, dass als Nebeneffekt der Stationierung der KFOR- und SFOR-Truppen die Prostitution auf dem Balkan stark zugenommen habe.

Die konkreten Herausforderungen, vor denen Belgrad stehe, seien Rohstoffprobleme und eine massive Verarmung der Städte. Das Ziel der Errichtung einer Freihandelszone auf dem Balkan nach dem Modell der Europäischen Union sei demnach auch ein prioritäres nationales und wirtschaftliches Projekt. Momentan verhinderten die komplizierten Visabestimmungen der einzelnen Balkanländer nicht nur Wirtschaftskontakte, sondern auch den direkten persönlichen Austausch und damit ein Stück weit die Versöhnung zwischen den Menschen. Korac schloss mit dem Fazit und dem Appell, dass die Menschen auf dem Balkan nichts sehnlicher wünschen, als so zu werden wie die Europäer in der EU.



Jadranko Prlic

Jadranko Prlic, stellvertretender Minister für Außenhandel und Wirtschaftsbeziehungen von Bosnien-Herzegowina und langjähriger Außenminister seines Landes, kommentierte das Panel mit der ernüchternden Feststellung, dass vor 100 Jahren in der Region mehr Optimismus vorhanden gewesen sei als heute. Erst mit dem Ende des Kosovo-Kriegs, dem Stabilitätspakt und der Abwahl des alten Regimes in Kroatien sei ein Krieg heute undenkbar geworden. Dies an sich stelle bereits einen essentiellen Fortschritt dar. Auch aus der Perspektive Sarajewos sei ein schneller Beitritt zur Europäischen Union das wichtigste Ziel.

In der anschließenden Diskussion betonte das Plenum dennoch die wichtige Rolle der internationalen Organisationen. Bei einem Rückzug der zivilen und militärischen Institutionen sei nicht unbedingt mehr von der Prämisse auszugehen, dass Konflikte auf dem Balkan der Vergangenheit angehörten. Auch die aktuelle Situation im Kosovo wurde als ein fortbestehender Brennpunkt identifiziert. Nur wenn es der UNMIK-Verwaltung gelänge, zu einem friedlichen Interessenausgleich zwischen Albanern bzw. ihren Organisationen und Serben zu kommen, könne es eine Zukunft für das Kosovo geben.

Naumann sieht Irak nur als Teil globaler Bedrohungen

„Terrorismus ist ein Problem, das uns noch länger beschäftigen wird.“ Mit dieser pessimistischen Grundaussage begann Klaus Naumann seinen Vortrag auf der Steinlingalm. Die Herausforderung durch den Terrorismus sei auch nicht auf europäischer Ebene zu beantworten. Ausgehend von der Begriffsdefinition warnte Naumann besonders die weitgehend offenen Gesellschaften des Westens vor den Gefahren der globalisierten und damit durchlässigen Welt.

General a. D. Klaus Naumann, der als Generalinspekteur der Bundeswehr und dann als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses die höchsten militärischen Ämter bekleidete, sieht die Ursachen für internationalen Terrorismus in dem Süd-Nord-Verteilungskonflikt. Hier prallten die Bedürfnisse vorwiegend junger Gesellschaften – im Sinne des Altersdurchschnitts – im Süden auf den Besitzstand eher alter Gesellschaften im Norden. Die Tatsache, dass neun Zehntel des Reichtums der Welt von lediglich einem Zehntel der Bevölkerung besessen werde, sei ein nicht länger haltbarer Zustand.

Sei Wassermangel bereits jetzt eine Konfliktsache, würde dieser in Zukunft die Konkurrenz noch weiter verstärken. Dies sei umso dramatischer, da heute der Zugang zu Waffen wesentlich leichter möglich ist als vor 15 Jahren.

Die Gleichzeitigkeit von verschiedenen Konflikten wiederum fordere auch die Staaten des Westens: Die Bandbreite von Ausbildung und Ausrüstung von Streitkräften und Sicherheitskräften müsse vergrößert werden.

„Wir dürfen es nicht zulassen, dass Terrorismus zur Bildung eines Staates führt“, lautete eine Schlüsselforderung Naumanns. Auch darin, dass von den weltweit 500 Nationalitäten 143 mit einer anderen in einem Staat leben, liege eine entscheidende Konfliktsache. Die daraus folgenden kriegerischen Emanzipationsversuche hätten seit dem Ende des Kalten Krieges zu 70 Konflikten mit knapp sieben Millionen Toten geführt.

Auf die Irakkrise eingehend, sagte Naumann, Bagdad sei lediglich drei bis fünf Jahre von der Entwicklung der Atombombe entfernt. Das Arsenal des internationalen Terrorismus kenne aber auch leichter herzustellende oder zu beschaffende Waffen: Von der radiologischen Bombe bis zu „weapons of mass disruption“ – der Unterbrechung von Kommunikationslinien wie Pipelines, aber auch Datenverbindungen – bedrohe eine Vielfalt von Waffen die verwundbaren Zivilgesellschaften der westlichen Welt. In der Konsequenz müsse übertriebene Liberalität in der Inneren Sicherheit abgebaut werden und außenpolitisch vermittelt werden, dass Extremisten und Terroristen weltweit, auch an ihren Ursprungsorten, bekämpft und vernichtet würden.

Zwar sei es eine gewaltige geschichtliche Leistung Europas, dass ein zwischenstaatlicher Krieg auf dem Kontinent undenkbar geworden wäre, dennoch stelle die Frage der Sicherheit – jetzt in einem anderen Zusammenhang – die zukünftige Herausforderung der Europäischen Union dar: Als einzelne Akteure befänden sich die Staaten Europas in der aktuellen sicherheitspolitischen Gemengelage vor einer ausweglosen Situation, die sie nahezu zwangsläufig auf den Pfad internationaler Konflikte führe. Geschlossenheit sei für Europa in dieser Phase besonders wichtig. Dabei müsse



■ Klaus Naumann



Rocco Buttiglione

aber im Verbund mit den USA gehandelt werden. Europas Beitrag dürfe sich nicht auf soft security beschränken, sondern müsse auch militärische Schlüsselkapazitäten beinhalten, die auch die Vereinigten Staaten zu einem Teil von Europa abhängig machen könnten. Die USA seien die „indispensable power“, die die Europäer nicht nur politisch, sondern auch militärisch ergänzen sollten.

Europapolitik aus der Perspektive Roms

Rocco Buttiglione, Universitätsprofessor und Europaminister der italienischen Regierung, mahnte in seinem Vortrag umfassende Reformen der Europäischen Union an. So solle der Europäische Rat einen Europäischen Präsidenten schaffen und nicht mehr ein Ort hartnäckiger Verteilungs- und Verhandlungskonflikte sein, sondern die Grundlinien der Politik bestimmen. Dies würde der EU zu neuer Glaubwürdigkeit verhelfen. Schröder, Berlusconi und ihre EU-Kollegen hätten das volle Recht und die Legitimation, Europas Politik zu bestimmen.

Die Diskussion über die Zukunft Europas würde noch nicht ausreichend ernst genommen. Große und entscheidende Sachfragen müssten jetzt angepackt werden. Erst in der letzten Zeit stelle sich auch die Öffentlichkeit der Frage, welches Europa die Europäer in der Zukunft haben wollten. Dieses Europa müsse, um es weiter einzugrenzen und eine positive Identität zu schaffen, nicht unbedingt Grenzen haben, dennoch aber nach außen hin abgrenzbar sein.

Europa habe bis heute einen langen Weg aus den Krisen des Totalitarismus zurückgelegt. Die momentane Bestandsaufnahme zeige die Europäische Union als gemeinsamen Markt, der aber im Dienst einer politischen Idee stünde, die wiederum in erster Linie mit dem Konzept des Friedens der Mitgliedstaaten untereinander verbunden sei. Buttiglione wandte sich dagegen, dieses als zu selbstverständlich vorauszusetzen: Frieden sei das Resultat von immer wieder neu zu treffenden Entscheidungen. Zu diesen richtigen politischen Entscheidungen gehöre auch die Erweiterung der EU. Als unmittelbaren Arbeitsauftrag Europas sieht Buttiglione die Stabilisierung der unmittel-

baren Nachbarschaft der Union. Gelänge es, den Mittelmeerraum, Afrika, Balkan und Russland konstruktiv an Europa anzubinden, dann könnten ein bis zwei Milliarden Menschen in Frieden leben. Dieses Stück Globalisierung habe Europa zu leisten.

Im Rahmen der EU-Reformdebatte forderte Buttiglione eine drastische Reduzierung der Ministerräte. Lediglich für die Bereiche Justiz- und Innenpolitik, Wirtschaft und Finanzen sowie Außen- und Sicherheitspolitik bräuchte es eigene Ratstreffen. In den im Rahmen der EG geregelten Gemeinschaftspolitiken müsse das Vetorecht abgeschafft werden.

Buttiglione schaltete sich auch in die Debatte um einen möglichen Angriff der Vereinigten Staaten auf den Irak ein: Europa sei zwar ein Teil der atlantischen Gemeinschaft; aber sollte Saddam Hussein bereit sein, den UN-Inspektoren die Grenzen zu öffnen, dann gebe es keinen Grund für einen Krieg. Europa solle sich mit einer konkreten Vermittlungsoffensive beweisen. Sei der Irak nicht im Besitz von Massenvernichtungsmitteln, dann müsse der Golfstaat auch wieder in die internationale Gesellschaft integriert werden.

Im Gespräch mit Journalisten stellte Buttiglione auch den Euro-Stabilitätspakt zur Diskussion. Zwar sei er eine notwendige Etappe auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Politik, dennoch müssten einzelne Vereinbarungen verändert werden. So sollten Infrastrukturinvestitionen aus der Neuverschuldung herausgerechnet werden. Durch diese Neuberechnung könne Italiens Defizit um 0,7 bis 1,0 Prozent des BIP gesenkt werden. Dies sei der notwendige Rahmen, um auf Wirtschaftskrisen und Wachstumseinbrüche mit staatlichen Investitionen reagieren zu können.

Italien sei aber nicht an einem Bruch des Stabilitätspaktes interessiert, sondern an der Anpassung darauf beruhender Vereinbarungen wie der Frist zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts.

Tietmeyer verteidigt Stabilitätspakt

Dagegen wandte sich Hans Tietmeyer, ehemaliger Bundesbankpräsident und langjähriger Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen: Der Euro sei eine Realität und zwar eine nicht revidierbare Realität. Der Vertrag von Maastricht habe den Transfer der Geldpolitik von der nationalen auf die supranationale Ebene beschlossen. Die Wirtschaftspolitik werde zwar national geführt, müsse sich aber supranationaler Überwachung unterwerfen. Diese Konstruktion müsse sich voraussichtlich noch ein bis zwei Jahrzehnte bewähren und in dieser Zeit dürfe der Stabilitätspakt nicht ausgehöhlt werden. Der Idee einer Auskoppelung von Investitionskosten aus der Staatsverschuldung erteilte Tietmeyer eine Absage. Hier würde sich ein kontraproduktiver Interpretationsraum öffnen, welcher Teil des Haushaltsdefizit nun investiv zu verbuchen sei. Ein Resultat daraus könne Vertrauensverlust sein. Und das Vertrauen in den Euro baue sich ohnehin nur in einem sehr langsamen Trial-And-Error-Prozess auf. Laut Tietmeyer begänne der Stabilitätspakt jetzt zu „beißen“. Es könne am Ende aber auch passieren, dass der Stabilitätspakt „weggebissen“ würde.

Das Konzept des Euro würde ja bereits dadurch gefährdet, dass der Euro-Raum keinen optimalen Währungsraum darstelle: Essentielle Bestandteile wie hinreichende Mobilität und Flexibilität des Faktors Arbeit seien unterentwickelt.

Es gebe aber auch ganz konkrete Gefahren für den Euro: So seien unbedingt Konflikte im Innenverhältnis der einzelnen Politiken zu verhindern, da diese eine unmittelbare Auswirkung auf die internationale Akzeptanz der Währung hätten. Die Situation der



Hans Tietmeyer (links) und Werner Weidenfeld

Vereinigten Staaten taue hier nicht zum Vergleich mit Europa, da die Stärke des Dollars auch zu einem gewissen Grad daraus resultiere, dass die amerikanische Politik klar und mit einer Stimme in der Öffentlichkeit repräsentiert werde, was in der EU nicht der Fall ist.

Tietmeyer legte der Währung drei Elemente zu Grunde: Die Wirtschaft, die Finanzpolitik und das Erscheinungsbild im internationalen Bereich, was auch die Sicherheitspolitik miteinschleße.

Einen europäischen Bundesstaat werde es auf absehbare Zeit nicht geben, weil ein einfaches bundesstaatliches Modell der speziellen Situation der Europäischen Union auch gar nicht gerecht werden könne. Welche Elemente sind aber für das erfolgreiche Management der gemeinsamen Währung in der Zukunft notwendig? Reichen der Maastrichter Vertrag und der Wachstums- und Stabilitätspakt aus?

Grundidee in den Verhandlungen zur Wirtschafts- und Währungsunion sei gewesen, neben dem Maastrichter Vertrag ein besonderes, außerhalb der Verträge stehendes Regelwerk aufzubauen. Die dann gewählte zweitbeste Lösung in Form des Stabilitätspakts möge formalistisch und ein Stück weit rigide erscheinen, sei aber ein notwendiges Additiv. Die Alternative sei nur gewesen, die Entscheidungskompetenzen auf die supranationale Ebene zu verlegen, was aber angesichts scheinbar erreichter Grenzen der Bereitschaft zur Supranationalität als nicht durchsetzbar betrachtet wurde. Schon der Maastrichter Vertrag galt einigen Regierungen als ein zu stark in die nationale Souveränität eingreifendes Regulatorium.

Tietmeyer forderte für eine dauerhafte Funktionsfähigkeit des Gemeinsamen Marktes den Verbleib der Wettbewerbs- und Beihilfenkontrolle auf europäischer Ebene. Es sei unabdingbar, dass Brüssel den Rahmen für den Wettbewerb setze, der aber noch durch ein Europäisches Kartellamt flankiert werden müsse.

In der Frage der Harmonisierung von Steuern und Abgaben unterstrich der ehemalige Bundesbankpräsident die Notwendigkeit eines Steuerwettbewerbs. Es bedürfe keiner egalitären Systeme. Lediglich bei der Frage der großen Verbrauchssteuern sei Angleichungsbedarf vorhanden. So müsse man bei der Umsatzsteuer das Bestimmungslandprinzip einführen. Kapitaleinkünfte im Euro-Raum sollten dagegen mit

einer gemeinsamen Abgeltungssteuer belegt werden, um Verzerrungen und Umgehungen auszuschalten. Auch bei der Einkommenssteuer müssten die Steuersätze vereinheitlicht und Steuergleichheit zwischen Staatsbürgern und Ausländern gewährleistet werden.

Abschließend beurteilte Tietmeyer die Eigendynamik der Europäischen Integration als nicht uninteressant. Es müsse aber auch immer Mutige geben, die diese Eigendynamik in Gang setzen und nutzen. Gerade bei der Frage der gemeinsamen Währung sei auch nach der Erweiterung die Zweistufigkeit und das Konzept der Differenzierung notwendig. EU-Mitgliedstaaten dürften nicht das Recht haben, den Prozess der Euro-Staaten zu blockieren. Ob eine Währungsunion einer Politischen Union bedürfe, sei eine Frage der Interpretation, sagte Tietmeyer. Die Fragestellung einer europäischen Steuer zur alleinigen Beschaffung von EU-Finanzmitteln sei dagegen essentiell: Nach einer Klärung der Strukturen und der Kompetenzen innerhalb der EU sei es eine Frage der demokratischen Verantwortung gegenüber den Wählern, eine ernsthafte Diskussion über eine europäische Steuer zu führen. Der Regress auf die nationalen Budgets sei und bleibe problematisch.

In der Frage der Finalität schloss Tietmeyer: „Europa ist ein Prozess und wir sollten diesen Prozess nicht rückwärts gehen lassen, sondern wir müssen nach Vorne schreiten. Ein offener Prozess kann es nicht mehr sein.“

Blick in die Zukunft – EU-Szenarien

Die abschließende Generaldebatte beruhte auf der Vorlage von fünf vom Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P) ausgearbeiteten Szenarien zur Zukunft der EU. Danach prägen in unterschiedlicher Ausbalancierung intergouvernementale und supranationale Elemente der Europapolitik das Europa von Morgen. Aufbauend auf den Determinanten „Reform“, „Erweiterung“ und „Sicherheit“ sowie ihrer Differenzierung nach eher statischem oder eher dynamischen Verlauf konnten nach Kombination der Determinanten die fünf Modelle „Methode Monnet“, „Titanic“, „Supermacht Europa“, „Geschlossenes Kerneuropa der Nationen“ und „Offener Gravitationsraum“ entwickelt werden.



Plenum der SommerAkademie Europa 2002

Das Programm der SommerAkademie Europa

Montag, 26. August 2002

14:00 Uhr Begrüßung und Einführung

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh;
Direktor, Centrum für angewandte Politikforschung, Ludwig-
Maximilians-Universität, München

Dr. Gerhard Schmidt

Vorsitzender des Vorstandes der Heinz Nixdorf Stiftung, Essen

Strategiewissen I: Zukunftsmodelle für die EU 28

16:15-18:00 Uhr Das große Europa

Prof. Dr. Rocco Buttiglione

Minister für Europapolitik der Republik Italien, Rom

Poul Schlüter

Stellvertretendes Mitglied des Europäischen Konvents, Brüssel;
Premierminister a. D. des Königreichs Dänemark, Frederiksberg

Moderator: *Prof. Dr. Werner Weidenfeld*

18:30 Uhr APERITIF (Seeterrasse)



Thea Emmerling und Peter Heinacher

19:00 Uhr ABENDESSEN (Gotischer Keller)

20:30 Uhr Politisches Kabarett „BUTZUNION“ (Klosterstüberl)
von und mit Hans-Günter Butzko



Hans-Günter Butzko

Dienstag, 27. August 2002

09:00 Uhr Auf der Suche nach mehr Demokratie: Der Europäische Konvent
(Englisch)

Jean-Louis Bourlanges

Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel

Prof. Dr. Danuta Hübner

Stellvertretende Außenministerin der Republik Polen, Warschau;
Mitglied des Europäischen Konvents, Brüssel

ca. 10:30 Uhr KAFFEEPAUSE (Lambertigang)

Göran Lenmarker

Mitglied des Schwedischen Parlaments, Stockholm;
Mitglied des Europäischen Konvents, Brüssel

Prof. Dr. Jürgen Meyer

Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin;
Mitglied des Europäischen Konvents, Brüssel

Christian Wernicke

Korrespondent, Süddeutsche Zeitung, Brüssel

Moderator: *Josef Janning*
Mitglied der Geschäftsleitung, Leiter des Themenfeldes Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh; Leiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

13:00 Uhr MITTAGESSEN (Speisesaal – ehemalige Bibliothek)

14:30 Uhr Strategiearbeitsgruppen „Zukunftsmodelle für die EU 28“

Moderatoren: **AG IA** *Dr. Claus Giering*
Centrum für angewandte Politikforschung,
München

Annette Heuser
Bertelsmann Stiftung, Brüssel

AG IB *Thomas Fischer*
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Franziska Hagedorn
Centrum für angewandte Politikforschung,
München

AG IC *Janis Emmanouilidis*
Centrum für angewandte Politikforschung,
München

Cornelius Ochmann
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh



Die Arbeitsgruppe mit den Moderatoren Heuser und Giering

Strategiewissen II: Europäische Sicherheit und globale Verantwortung

16:30-18:00 Uhr Die Außenpolitik der EU auf dem Prüfstand:
Neue Herausforderungen und alte Interessendivergenzen

Dr. Klaus Kinkel
Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin; Bundesaußenminister
a. D. und Vizekanzler a.D. der Bundesrepublik Deutschland

Moderator: *Prof. Dr. Werner Weidenfeld*

18:45 Uhr SPAZIERGANG vom Kloster (Treffpunkt Rezeption) entlang des
Seeufers zum Restaurant „RAUCHHAUS“ in Seeon
(Fußweg ca. 30 Minuten)

19:30 Uhr ABENDESSEN als Buffet im Rauchhaus, Seeon



Im Rauchhaus

ca. 20:30 Uhr Diskussion zum Thema
Der lange Weg nach Westen: Russland und Europa (Englisch) mit

Dr. Grigorij Jawlinskij
Vorsitzender von "Jabloko"; Mitglied der Staatsduma der
Russischen Föderation; Leiter, Epicentr Center for Economic and
Political Research, Moskau

Moderator: *Prof. Dr. Werner Weidenfeld*

ca. 22:00 Uhr Rückkehr zum Kloster Seeon (zu Fuß oder mit Bus)

Mittwoch, 28. August 2002

9:00-11:00 Uhr Konfliktmanagement und regionale Stabilität auf dem Balkan (Englisch)

Dr. Erhard Busek

Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, Brüssel;
Vizekanzler a. D. der Republik Österreich

Prof. Dr. Zarko Korac

Stellvertretender Ministerpräsident der Republik Serbien, Belgrad

Dr. Jadranko Prlic

Stellvertretender Minister für Außenhandel und
Wirtschaftsbeziehungen von Bosnien-Herzegowina, Sarajewo

Moderator: *Josef Janning*

11:00 Uhr KAFFEEPAUSE (Lambertigang)

11:30 Uhr AUSFLUG zur Kampenwand und zum Chiemsee
Busabfahrt vom Parkplatz des Kloster Seeons zur Talstation der
Kampenwandseilbahn, Bergfahrt und ca. halbstündiger Fußweg
zur Steinlingalm

13:00 Uhr BROTZEIT auf der Steinlingalm
anschließend Diskussion zum Thema
Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus.
Welche Rolle spielt Europa? mit

Klaus Naumann

General a. D., Otterfing



An der Kampenwand

- ab 16:15 Uhr Aufbruch und Fußweg zur Bergstation der Kampenwandseilbahn
- 17:00 Uhr Talfahrt mit der Kampenwandseilbahn (letzte Talfahrt 17:15 Uhr!)
- 17:30 Uhr Busabfahrt vom Parkplatz der Kampenwandseilbahn zum
Yachthotel Chiemsee, Prien
- 18:00 Uhr OBERBAYERISCHER ABEND
Chiemsee-Bootsrundfahrt mit ABENDESSEN
auf der „MS Irmingard“

Musik und Tanz: *I Musicanti Bavaresi*
 Trachtengruppe „D´ Alztaler“, Truchtlaching



Auf dem Chiemsee

- 21:45 Uhr Busrückfahrt von Gstadt – Ankunft im Kloster Seeon ca. 22:15 Uhr

Donnerstag, 29. August 2002

- 9:00 Uhr Strategiearbeitsgruppen
„Europäische Sicherheit und globale Verantwortung“

Moderatoren: **AG IIA** *Josef Janning*
 Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Nicole Schley
Centrum für angewandte Politikforschung,
München

Moderatoren: **AG IIB** *Franco Algeri*
Centrum für angewandte Politikforschung,
München

Nicole Renvert
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

AG IIC *Dr. Wim van Meurs*
Centrum für angewandte Politikforschung,
München

Stefani Weiss
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh



Arbeitsgruppe mit den Moderatoren Renvert und Algeri

11:00 Uhr KAFFEEPAUSE (Lambertigang)

Strategiewissen III: Europa als Wirtschaftsmacht

11:30 Uhr Vom Euro zu einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik

Prof. Dr. Hans Tietmeyer
Präsident der Deutschen Bundesbank a. D., Frankfurt am Main;
Staatssekretär a. D.

Moderator: *Prof. Dr. Werner Weidenfeld*

13:30 Uhr MITTAGESSEN

(14:15 Uhr) Optional: Führung durch das Kloster Seeon (Lambertisaal)

15:00-18:00 Uhr Strategiearbeitsgruppen „Europa als Wirtschaftsmacht“

AG I: Europas Wirtschafts- und Finanzverfassung

Einführung: *Prof. Dr. Stefan Collignon*
 Professor of European Political Economy, European
 Institute, London School of Economics and Political
 Science, London

Moderator: *Holger Friedrich*
 Centrum für angewandte Politikforschung, München

AG II: Ost-West-Konvergenz

Einführung: *Prof. Dr. András Inotai*
 Generaldirektor des Instituts für Weltwirtschaft an
 der Ungarischen Akademie der Wissenschaften,
 Budapest

Moderator: *Dr. Martin Brusi*
 Centrum für angewandte Politikforschung, München

AG III: Die EU als Gestaltungsmacht in den internationalen
 Wirtschaftsbeziehungen (GATT/WTO)

Einführung: *Prof. Dr. Rolf Langhammer*
 Abteilungsleiter und Vizepräsident, Institut für
 Weltwirtschaft, Universität Kiel

Moderator: *Jürgen Turek*
 Centrum für angewandte Politikforschung, München



Arbeitsgruppe mit den Moderatoren Inotai und Brusi

19:30 Uhr APERITIF (Innenhof des Klosters)

20:00 Uhr ABENDESSEN (Gotischer Keller)

Musik: *Klezmer Trio „A Tickle in the Heart“*



Abendessen im gotischen Keller und „A Tickle in the Heart“

Freitag, 30. August 2002

- 9:00 Uhr KAFFEE (Lambertigang)
- 9:30 Uhr Abschlussplenium „Zukunftsentwürfe für Europa“
- Moderator: *Dr. Peter Frey*
Leiter, ZDF-Hauptstadtstudio, Berlin
- Europas Zukunft in Bildern
- Kurzfilm: *Cornelia Schiemenz*
ZDF-Hauptstadtstudio, Berlin
- Szenarien zur Zukunft der Europäischen Union
- Präsentation: *Franco Algieri/Janis Emmanouilidis/Roman Maruhn*
Centrum für angewandte Politikforschung, München
- ca. 10:00 Uhr Diskussion der Szenarien
- Impuls: *Dr. Eckart Cuntz*
Ministerialdirigent; Stellvertretender Leiter der
Europaabteilung, Auswärtiges Amt, Berlin
- Stefan Kornelius*
Ressortleiter Außenpolitik, Süddeutsche Zeitung,
München



Stefan Kornelius und Peter Frey

- 11:15 Uhr KAFFEEPAUSE (Lambertigang)
- 11:30 Uhr Zusammenfassung und Evaluation
- Moderator: *Prof. Dr. Werner Weidenfeld*
- 12:30 Uhr Ende der Veranstaltung und Transfer zum Flughafen München
- LUNCHPAKETE



Werner Weidenfeld und Heiko Hünch im Gespräch

Die Teilnehmer der SommerAkademie Europa

Franco Algeri

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Karin Alleweldt

Referatsleiterin, Abteilung für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik, Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Berlin

Thorsten Arzbach

Referent des Fraktionsvorstandes, Büro Rezzo Schlauch, MdB, Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Berlin

Dirk Bockholt

Geschäftsführer, Hagenuk Marinekommunikation GmbH, Flintbek

Stefanie Bolzen

Redakteurin, Ressort Außenpolitik, Die Welt, Berlin

Nicolas Bourcier

Redakteur, Le Monde, Paris

Jean-Louis Bourlanges

Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel

Daniel Brössler

Außenpolitischer Redakteur, Süddeutsche Zeitung, München

Dr. Ralf Brunken

Abteilungsleiter, „Produktinformation“ in der Forschung und Entwicklung, Volkswagen AG, Wolfsburg

Dr. Martin Brusis

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Dr. Erhard Busek

Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, Brüssel; Vorsitzender, Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien; Vizekanzler der Republik Österreich a. D.

Prof. Dr. Rocco Buttiglione

Minister für Europapolitik der Republik Italien, Rom

Prof. Dr. Stefan Collignon

Professor of European Political Economy, European Institute, London School of Economics and Political Science, London

Dr. Eckart Cuntz

Ministerialdirigent; Stellvertretender Leiter der Europaabteilung, Auswärtiges Amt, Berlin

Janis Emmanouilidis

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Thea Emmerling

Mitglied im Kabinett von Dr. Michaela Schreyer, Europäische Kommission, Brüssel

Marika de Feo

Wirtschaftskorrespondentin, Corriere della Sera, Frankfurt am Main

Klaus Finck

Oberstleutnant i. G.; Referent, Büro Staatssekretär
Dr. Walther Stütze, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin

Thomas Fischer

Projektleiter, Themenfeld Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung,
Gütersloh

Dr. Peter Frey

Leiter, Hauptstadtstudio des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), Berlin

Holger Friedrich

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Dr. Claus Giering

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Dr. Manuela Glaab

Leiterin, Forschungsgruppe Deutschland am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Dr. Ferenc Henrik Glatz

Projektleiter, Europa Institut der Universität für Technologie und Wirtschaft Budapest (BUTE)

Reinhold Gnan

Regierungsdirektor; Referent für Grundsatzfragen, Europaabteilung, Bayerische Staatskanzlei, München

Franziska Hagedorn

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Dr. Christoph Harff

Economist, Deutsche Bank Research, Frankfurt am Main

Dr. Peter Heinacher

Leitender Redakteur Wirtschaft und Politik, Handelsblatt, Düsseldorf

Annette Heuser
Leiterin, Bertelsmann Stiftung, Brüssel

Prof. Dr. Danuta Hübner
Stellvertretende Außenministerin der Republik Polen, Warschau; Mitglied des Europäischen Konvents, Brüssel

Heiko Hünsch
Referent für Wirtschaftspolitik, Siemens AG, München

Prof. Dr. András Inotai
Generaldirektor des Instituts für Weltwirtschaft an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest

Josef Janning
Mitglied der Geschäftsleitung, Leiter des Themenfeldes Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh; Leiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Dr. Grigorij Jawlinskij
Vorsitzender von „Jabloko“; Mitglied der Staatsduma der Russischen Föderation; Leiter, Epicentr Center for Economic and Political Research, Moskau

Dr. Miriam Karama
Project and Asset Based Finance, Transportation and Private Finance Initiatives, HVB Corporates & Markets, Bayerische Hypo- und Vereinsbank, München

Dr. Klaus Kinkel
Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Berlin; Bundesaußenminister a. D. und Vizekanzler a. D. der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Astrid Klesse
Oberregierungsrätin; Referentin, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin

Dr. Ralf Knöll
Regierungsobererrat; Referatsleiter, Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden

Dr. Arnold Kopeczek
Beamter des Österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur im Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union, Brüssel

Prof. Dr. Zarko Korac
Stellvertretender Ministerpräsident der Republik Serbien, Belgrad

Stefan Kornelius
Ressortleiter Außenpolitik, Süddeutsche Zeitung, München

Prof. Dr. Rolf Langhammer

Abteilungsleiter und Vizepräsident, Institut für Weltwirtschaft, Universität Kiel

Göran Lennmarker

Mitglied des Schwedischen Parlaments, Stockholm; Mitglied des Europäischen Konvents, Brüssel

Peter Löffelhardt

Legationsrat I; Referent in der Gruppe Europapolitik, Bundeskanzleramt, Berlin

Moritz Lumma

Oberregierungsrat; Referent, Abteilung Europapolitik, Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Roman Maruhn

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungsgruppe Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Volker Meier

Referent in der Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, Deutscher Bundestag, Berlin

Dr. Wim van Meurs

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Prof. Dr. Jürgen Meyer

Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin; Mitglied des Europäischen Konvents, Brüssel

Dr. Henrik Meyer-Hoeven

Geschäftsführer, GEHE Pharma Handel GmbH, Stuttgart

Catja Christina Nädele

Rechtsreferendarin, Brandenburgisches Oberlandesgericht, Potsdam

Klaus Naumann

General a. D., Otterfing; Generalinspekteur der Bundeswehr (1991-1996); Vorsitzender, NATO Militärausschuss (1996-1999), Brüssel

Cornelius Ochmann

Projektleiter, Themenfeld Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Nicole Otterberg

Bereichsleiterin, Gastransportmanagement Nord, Ruhrgas AG, Essen

Dr. Jörg Pohlman

Abteilungsleiter, Aftersales Marketing, BMW AG, München

Dr. Jadranko Prlic

Stellvertretender Minister für Außenhandel und Wirtschaftsbeziehungen von Bosnien-Herzegowina, Sarajewo

Michaela Pulkert

Abteilungsleiterin, Projektfinanzierung, Wasser & Regenerative Energien, HypoVereinsbank AG, München

Sabine Räßle

Stellvertretende Redaktionsleiterin „heute in Europa“, Hauptredaktion Außenpolitik, Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF), Mainz

Dr. Ernst Reichel

Vortragender Legationsrat; Stellvertretender Referatsleiter, Grundsatzfragen der EU, Auswärtiges Amt, Berlin

Nicole Renvert

Projektleiterin, Themenfeld Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis

Staatssekretär, Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam

Cornelia Schiemenz

Reporterin, Hauptstadtstudio des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), Berlin

Nicole Schley

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München

Poul Schlüter

Stellvertretendes Mitglied des Europäischen Konvents, Brüssel; Premierminister a. D. des Königreichs Dänemark, Frederiksberg

Dr. Gerhard Schmidt

Vorsitzender des Vorstandes der Heinz Nixdorf Stiftung, Essen

Dr. Ruth Schorn

Referentin, RWE AG Repräsentanz, Brüssel

Christiane Schwarte

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin

Jürgen Seitz

Leitender Redakteur, Wirtschaftsredaktion Fernsehen, Bayerischer Rundfunk, München

Dr. Martin Senti

Redaktor, Neue Zürcher Zeitung, Zürich

Christian Staub
Vorstandsassistent, Allianz AG, München

Roger Stiegert
Senior Economist, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main

Maren Stooss
Referentin für Europapolitik, Ministerium für Bundes- und Europapolitik des Landes
Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Jona Teichmann
Leiterin der Redaktionsgruppe „Europa aktuell“, Westdeutscher Rundfunk (WDR),
Köln

Prof. Dr. Hans Tietmeyer
Präsident der Deutschen Bundesbank a. D., Frankfurt am Main; Staatssekretär a. D.

Jürgen Turek
Geschäftsführer des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP), München

Prof. Dr. Werner Weidenfeld
Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh; Direktor des Centrums
für angewandte Politikforschung (CAP), Ludwig-Maximilians-Universität, München

Stefani Weiss
Projektleiterin, Themenfeld Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung,
Gütersloh

Christian Wernicke
Korrespondent, Süddeutsche Zeitung, Brüssel

Team SommerAkademie Europa

Gaelle Beckmann

Sekretariat, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Sabine Donner

Projektassistentin, Themenfeld Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Hans-Peter Lampen

Praktikant, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Elisabeth Pieper

Sekretariat, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Jasmin Ruhnke

Assistentin im Präsidium, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh



■ Kloster Seon im frühmorgendlichen Nebel

2002 Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Redaktion: Roman Maruhn
Layout/Gestaltung/Satz: TopPublishing, Gütersloh
Herstellung: TopPublishing, Gütersloh